PROGRAMM BEZAHLBARER WOHNRAUM IST MÖGLICH!

16. und 17. Juni 2023

Hinter der Wohnungskrise steckt das Kapital

Eine Konferenz der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag
und der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
unterstützt von DIE LINKE. Fraktion im Römer
und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen.

Studierendenhaus, Mertonstraße 26-28, Frankfurt am Main

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

CITIES

Seit Jahren erleben wir in Deutschland und Hessen eine schwere Wohnungskrise – ein Ende ist nicht absehbar. Während Immobilienkonzerne, Investor*innen und Eigentümer*innen sich goldene Nasen verdienen, leben breite Bevölkerungsschichten in ständiger Sorge vor steigenden Mieten und Verdrängung. Trotz des mantramäßig wiederholten «Bauen, Bauen, Bauen» wird kaum bezahlbarer, sozial gebundener Neubau realisiert und der Wohnraum im Bestand wird nicht geschützt. Mit der Klimakrise vertieft sich zudem die soziale Spaltung, da Wohnungs- und Klimapolitik nicht zusammengedacht werden. Und besonders betroffen vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum sind neben Geringverdienenden vor allem benachteiligte Gruppen wie Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose oder von Gewalt betroffene Frauen bzw. FLINTA*, denen das Recht auf Stadt und Wohnen systematisch verweigert wird.

Die Situation ist dramatisch, doch die herrschende Wohnungspolitik in Bund und Ländern bewegt sich kaum. Es fehlt an politischem Willen. Demgegenüber haben Mietenbewegungen, kritische Wissenschaft und Linke in deutschen und internationalen Parlamenten und in Regierungsverantwortung in den letzten Jahren eindrucksvoll gezeigt: Bezahlbarer Wohnraum ist möglich! Es gibt Konzepte, Strategien und praktische Erfahrungen, wie sich Mietenwahnsinn und Wohnungsnot wirksam bekämpfen lassen – und die Akteur*innen, die bereit sind, sich dafür zu engagieren, sind bekannt.

Hier setzt unsere wohnungspolitische Konferenz an: An zwei Tagen wollen wir im Studierendenhaus in Frankfurt am Main entlang der fünf Schwerpunktthemen Miete, Neubau, Vergesellschaftung, Klima sowie Wohnen für Alle gemeinsam den Raum für Austausch und Vernetzung von Mietenbewegung, kritischer Wissenschaft, Verbänden und Gewerkschaften, Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sowie Interessierten bieten und Lösungswege diskutieren.

Allgemeine Hinweise:

Wann: 16. Juni, 14 Uhr bis 17. Juni 2023, 17 Uhr

Ort: Studierendenhaus, Mertonstraße 26, 60325 Frankfurt am Main,
U-Bahnstation Bockenheimer Warte

Für **Verpflegung** sorgt die ada_kantine
https://ada-kantine.org/

Eine **Kinderbetreuung** wird am Freitag, 16.6., von 14 bis 18 Uhr
und Samstag, 17.6., von 9 bis 17 Uhr bereitgestellt. Bitte anmelden.

Foto- und Videoaufnahmen: Während der Veranstaltung werden ggf. Fotos und/oder Videoaufnahmen gemacht. Diese Aufnahmen sind bei einer möglichen Veröffentlichung im Internet weltweit abrufbar. Eine Weiterverwendung der Aufnahmen durch Dritte kann daher nicht ausgeschlossen werden. Mit Ihrer/deiner Teilnahme erklären Sie sich/du dich mit der Veröffentlichung der Aufnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung ohne Entgeltanspruch einverstanden.

FREITAG, 16. Juni 2023
14:00–23:00 Uhr

14:00–14:30 Uhr
Festsaal

Die Begrüßung und Einführung

Elisabeth Kula Vorsitzende und Sprecherin für Bildung, Schulpolitik, Jugend, Kultur, Forschung, Wissenschaft und Kunst der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag
Jan Schalauske Vorsitzender und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag
Eyup Yilmaz planungs- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Römer
Stefan Thimmel Rosa-Luxemburg-Stiftung
Vertreter*in Offenes Haus der Kulturen

14:30–15:30 Uhr
Festsaal

Der Einstieg: „Wohnen als soziale Infrastruktur: leistbar, klimagerecht und öffentlich“

Dr. Andrej Holm Humboldt Universität Berlin

Moderation Dr. Armin Kuhn Rosa-Luxemburg-Stiftung

15:30–16:00 Uhr

Die Kaffeepause

16:00–18:00 Uhr

EINS - DIE WORKSHOPS

KLIMA-GERECHT-WOHNEN
Raum K1

WS 01
Klimaschutz ohne Mieterhöhung - Teil I: Elemente einer gerechten Wärmewende

Spätestens seit dem extremen Anstieg der Energiekosten ist klar: Kein Klimaschutz beim Wohnen macht arm. Die aktuelle Politik, die energetische Sanierungen den Privateigentümern überlässt und deren Kosten auf die Mieterinnen und Mieter umlegt, aber auch. Neue Zahlen zeigen: sowohl bei den Ursachen, als auch bei den Folgen der Klimakrise beim Wohnen besteht ein deutliches soziales Ungleichgewicht. Die aktuell von der Bundesregierung und auf der Ebene der europäischen Union diskutierten Mittel auf dem Weg zur Klimaneutralität - Ausstieg aus dem fossilen Heizen, Aufteilung der Wärmekosten auf Vermieterinnen und Mieter, energetische Mindeststandards für den Bestand - erfahren entsprechend viel Skepsis und Widerstand.
*Die Angst vor hohen Kosten einer Wärmewende - sowohl für Eigenheimbesitzende als auch für Mieter*innen - treibt viele Menschen auf die Barrikaden. Doch sind Bezahlbarkeit und Klimaschutz zwangsläufig ein Widerspruch? Wie können Mittel aussehen, die beide Ziele miteinander verbinden und klimagerechtes Wohnen ermöglichen? Welche Ansatzpunkte in Politik und Praxis gibt es dafür?*

Blinde Flecken der Wärmewende
Katja Hünecke Stv. Leiterin Bereich Energie & Klimaschutz, Öko-Institut

Verbot fossiler Heizungen, Teilwarmmiete und europäische Mindeststandards - Kritik, Potenziale und Interventionsmöglichkeiten aktueller staatlicher Initiativen für die Wärmewende
Lorenz Gösta Beutin Stellv. Parteivorsitzender DIE LINKE.

Wärmenetze und klimaneutral Heizen im Quartier
Gabriele Purper BUND BAK-Energie

Moderation Uwe Witt Rosa-Luxemburg-Stiftung

VERGESELL-SCHAFTUNG. MACHT. WOHNEN.
Raum K2

WS 02
Jenseits des privaten Wohnungsmarkts: Wohnen als soziale Infrastruktur

Wohnungen gehören in gesellschaftliche Hand. Diese Forderung steht hinter den Kämpfen um die Enteignung großer Wohnungskonzerne. Aber schon jetzt ist der so genannte Wohnungsmarkt mindestens zweigeteilt. Auf der einen Seite die privaten Eigentümer, vom (in immer selteneren Fällen) Kleinvermieter über den multimillionenschweren Einzeleigentümer bis hin zum börsennotierten Wohnungskonzern; auf der anderen Seite die öffentlichen, genossenschaftlichen und anders gemeinwohlorientierten Akteure, die Wohnungen ihrem Anspruch nach nicht aus Profitinteresse bewirtschaften, sondern als Bereich der staatlich oder zivilgesellschaftlich bereitgestellten Daseinsvorsorge. Dieser Sektor umfasst etwa in Frankfurt am Main immerhin 27 Prozent des vorhandenen Wohnungsbestandes. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit besteht eine Kluft: viele kommunale oder genossenschaftliche Wohnungsgesellschaften werden wie Privatunternehmen geführt. Nominell gemeinwohlorientierte Träger lassen sich in ihrer Geschäftspraxis von profitorientierten Vermietern kaum unterscheiden. Was muss getan werden, um diesen Bereich wieder an gesellschaftlichen Zielen auszurichten? Wie kann es gelingen, einen gemeinnützigen, gemeinwirtschaftlichen Wohnungssektor zu schaffen und zu vergrößern?

Die Geschäftspraxis der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in Frankfurt sowie der Kampf um die soziale, gemeinwirtschaftliche Ausrichtung
Prof. Dr. Sebastian Schipper Goethe-Universität Frankfurt

Gemeinschaftliches Wohnen als Weg zur sozialen Infrastruktur?
Afra Höck Projektleitung, Landesberatungsstelle Gemeinschaftliches Wohnen in Hessen

Die neue Wohnungsgemeinnützigkeit
Jan Kuhnert KUB Kommunal

Moderation Violetta Bock Stadtverordnete der Linksfraktion Kassel und LINKE-Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl 2023

WOHNEN. ALLE. GERECHT.
Festsaal

WS 03
Es muss gehen! Es geht! Wohnraum für Alle!

Die Mieten- und Wohnungskrise trifft alle, aber nicht alle gleich. Arme Menschen und benachteiligte Gruppen wie Geflüchtete, Strafentlassene, Suchtkranke, Wohnungs- und Obdachlose, Menschen mit Behinderungen oder Schutzsuchende in Frauenhäusern haben besonders unter steigenden Mieten und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu leiden. Rassistische und andere

Formen der Diskriminierung erschweren den Zugang zum Wohnungsmarkt zusätzlich. Menschenunwürdige Formen der Unterbringung nehmen ebenso zu wie die (un-)sichtbare Wohnungs- und Obdachlosigkeit.
Wie lässt sich diese Dynamik durchbrechen und Wohnraum für alle schaffen? Welche politischen Rahmenbedingungen und welche konkreten Unterstützungsangebote sind notwendig - vor Ort in den Kommunen, aber auch auf Landes- und Bundesebene? Wo helfen Konzepte wie „Housing First“ - und wo die selbstorganisierte Aneignung von Wohnraum? Und: Wie lässt sich wirksam verhindern, dass verschiedene benachteilige Gruppen gegeneinander ausgespielt werden?

Prof. Dr. Gerhard Trabert Arzt, Kandidat Bundespräsidentenwahl 2022

Doreen Petri Geschäftsführerin, Neue Wohnraumhilfe Darmstadt

Wenke Christoph eh. Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, DIE LINKE. Berlin

Jule Liebig Hausprojekt Günderrodestraße Frankfurt

Moderation Christiane Böhm Landesvorsitzende und Sprecherin für soziale Teilhabe und psychische Gesundheit der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

---

MIETEN. GERECHT. WOHNEN.

Raum K4

WS 04

(Kein) Mietendeckel: Was bisher geschah und wie geht es weiter?

Am 23. Februar 2020 trat das vom damaligen rot-rot-grünen Berliner Senat und dem Abgeordnetenhaus beschlossene „Gesetz zur Neuregelung gesetzlicher Vorschriften zur Mietenbegrenzung“ – kurz Mietendeckel genannt – in Kraft. Das zunächst auf 5 Jahre befristete Gesetz sah Mietpreisbegrenzungen und Bußgelder für Verstöße gegen das Gesetz vor. Es wirkte unmittelbar und begrenzte die Mieten für hunderttausende in Berlin. Das Gesetz sollte auf zunächst auf 5 Jahre befristet sein. Mit Beschluss vom 25. März 2021 entschied allerdings das Bundesverfassungsgericht, dass der „Berliner Mietendeckel“ aus Gründen der Gesetzgebungskompetenz mit dem Grundgesetz unvereinbar und das Berliner Gesetz nichtig ist. Eine Aussage über die grundsätzliche Gesetzmäßigkeit von Mietpreisbegrenzungen macht das Urteil aber eindeutig nicht. Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbundes warnt: „Man muss sich keinen Illusionen hingeben: Alles, was legal ist, wird an Mietsteigerungen in den nächsten Jahren ausgenutzt werden. Die Mieten werden deutlich stärker als die Löhne steigen“. Umso mehr stellt sich die Frage? Warum passiert bei dieser dramatischen Lage so wenig?
Die Instrumente liegen alle vor und sind wirksam. Alle wissen, wie die Explosion der Mietpreise gestoppt werden könnte. Das ist nicht die Frage.
Fragen sind eher: Wie können soziale Regulierungen, bekannte und neue Konzept und Instrumente durchgesetzt werden? Wie kann der politische Druck auf die die bundespolitische Ebene verstärkt werden? Wie kommen Bewegungen wieder aus der Defensive heraus? Welche neuen Bündnisse sind notwendig?

Die Bundesebene muss handeln!
Caren Lay Abgeordnete und Sprecherin für Mieten,- Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Es geht! Eine Konzeptstudie zum Bundesweiten Mietendeckel
Dr. Andrej Holm Humboldt-Universität Berlin

Die bundesweite Mietenstopp-Kampagne
Matthias Weinzierl Sprecher Mietenstopp-Kampagne

Moderation Katalin Gennburg Abgeordnete und Sprecherin für Stadtentwicklung und Bauen, Umwelt, Tourismus der Fraktion DIE LINKE. Im Abgeordnetenhaus Berlin

---

18:00–19:30 Uhr **Die Pause – Das Abendessen**

19:30–21:30 Uhr
Festsaal

Podium/Öffentliche Abendveranstaltung „LINKE. MACHT. WOHNEN.“

Janine Wissler Parteivorsitzende und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Carolin Blauth Deutsche Wohnen und Co. enteignen

Iva Marčetić Universität Kassel, eh. Leiterin der Kommission zur Verbesserung des Managements der städtischen Wohnungen bei der Stadtregierung von Zagreb

Vanesa Valiño Leiterin Wohnungsbauabteilung des Stadtrats von Barcelona, Barcelona en Comú

Moderation Jan Schalauske Fraktionsvorsitzender und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

---

21:30–23:00 Uhr **Der Ausklang – Die Kaltgetränke**

BEZAHLBARER WOHNRAUM IST MÖGLICH!

SAMSTAG, 17. Juni 2023
9:30–17:00 Uhr

9:30–10:30 Uhr
Festsaal

ROUNDTABLE-TALK
„Schöner Wohnen in Hessen? - Eine Bestandsaufnahme der Wohnungskrise in Hessen und Vorschläge zu ihrer Bewältigung“

*Vorstellung einer aktuellen Studie mit den Autor*innen* Anne Göbel *und* Florian Janik *sowie mit* Prof. Dr. Sebastian Schipper Goethe-Universität Frankfurt

Die hessenweite Persepektive
Jan Schalauske Fraktionsvorsitzender und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Die bundesweite Perspektive
Caren Lay Abgeordnete und Sprecherin für Mieten,- Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Die außerparlamentarische Perspektive
Liv Dizinger DGB Hessen-Thüringen/Mietenwahnsinn-Hessen

Moderation Felix Wiegand Wohnungspolitischer Referent der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

10:30–11:00 Uhr

Die Kaffeepause

11:00–12:30 Uhr

ZWEI - DIE WORKSHOPS

KLIMA-GERECHT-WOHNEN
Café KoZ

WS 05
Klimaschutz ohne Mieterhöhung - Teil II: Mehrheiten für klimagerechtes Wohnen

*Eine gelingende und sozial gerechte Wärmewende braucht nicht nur Tempo und aktives staatliches Eingreifen, sondern auch eine gesellschaftliche Mehrheit im Rücken. Doch weil insbesondere Mieter*innen und nicht-vermögende Eigenheimbewohner*innen die Kosten für energetische Sanierungen kaum tragen können, ist die Wärmewende extrem unbeliebt. Einerseits. Andererseits haben sich Mietervereine und Umweltverbände, die Mietenbewegung und die Klimabewegung angenähert. Auf der Diskursebene wurde die Notwendigkeit sozialer Abfederung schon durchgesetzt, und erste Initiativen organisieren schon für bezahlbare Mieten und Klimaschutz. Wo liegen Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede zwischen den Kämpfen? Wie können sich die Akteur*innen gegenseitig stärken? Wie kann eine gemeinsame strategische Perspektive aussehen und was ließe sich vor Ort schon konkret umsetzen?*

Klimagerechte Nachbarschaften
Dr. Armin Kuhn Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bundesweite Verbändeforderungen für eine soziale Wärmewende
Irmela Colaço Leiterin Wohnen und Gebäude im Team Klimaschutz des BUND

Vergesellschaftung als Mieter:innen und Klimaschutz
Dr. Lisa Vollmer Bauhaus-Universität Weimar, Deutsche Wohnen & Co. enteignen

Organisierung für Modernisierung ohne Mieterhöhung in der Adolf-Miersch-Siedlung, Frankfurt
Aktive für die Mietergemeinschaft Niederrad

Moderation Alexis J. Passadakis attac Frankfurt

VERGESELL-SCHAFTUNG. MACHT. WOHNEN.
Festsaal

WS 06
Große Wohnungskonzerne vergesellschaften!

*Mehr als eine Million Mietwohnungen in Deutschland gehören großen, meist börsennotierten privaten Wohnungskonzernen. Ihre aggressiven Geschäftsstrategien haben sie zu den deutschlandweit unbeliebtesten Vermietern gemacht - und zum Ziel der erfolgreichsten Kampagnen der Mietenbewegung in den vergangenen Jahren. Der mit deutlicher Mehrheit gewonnene Volksentscheid von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ im Herbst 2021 hat die Vergesellschaftung von Wohnungen privater Wohnungskonzerne auf die politische Agenda gesetzt. Inzwischen hat die vom Berliner Senat eingesetzte Sozialisierungskommission erste Ergebnisse geliefert, und parallel hat die Kampagne neue Ideen zum Wohnen in Gemeinwirtschaft entwickelt. Doch die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen haben sich verändert. Vor allem schlittert die finanzmarktorientierte Wohnungswirtschaft nach Jahren des Booms in eine tiefe Krise. Was bedeutet das für die Mieter*innen? Und was bedeutet das für das Vorhaben, private Wohnungskonzerne zu enteignen und ihre Wohnungen „in Gemeineigentum oder Gemeinwirtschaft“ zu überführen, wie es in Artikel 15 des Grundgesetzes heißt?*

Was kann der Artikel 15? – Zur Berliner Expert*innenkommission
Prof. Dr. Susanne Heeg Goethe-Universität Frankfurt

Wie Vergesellschaftung durchsetzen und wie Gemeinwirtschaft organisieren?
Carolin Blauth Deutsche Wohnen & Co. enteignen

Strategie einer „vergesellschaftenden Regulation“
Knut Unger Plattform kritischer Immobilienaktionär*innen und MieterInnenverein Witten

Moderation Felix Wiegand Wohnungspolitischer Referent der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

WOHNEN. ALLE. GERECHT.
Raum K1

WS 07
Feministisch.Wohnen.

Die Wohnungskrise trifft nicht alle gleich. Der Workshop „Feministisch. Wohnen.“ lädt Sie ein, die Wohnungsfrage aus der Perspektive von FLINTA-Personen (Frauen, Lesben, inter, non-binäre, trans und agender Personen) zu stellen. Hierbei werden geschlechtsspezifische Auswirkungen und strukturelle Ursachen der Wohnungsnot betrachtet. Insbesondere werden wir auf die Bedürfnisse und Herausforderungen von FLINTA*-Personen in Bezug auf Unterbringung, Sicherheit und Autonomie eingehen. Dabei werden uns auch die Erfahrungen und Perspektiven von Fachkräften, die in Frauenhäusern mit Opfern häuslicher Gewalt arbeiten, wertvolle Einblicke bieten.*

Ein weiterer wichtiger Aspekt feministischer Stadtpolitik ist die bedürfnisorientierte Einrichtung von Infrastrukturen. Wir werden uns damit auseinandersetzen, wie Infrastrukturen der kapitalistischen Stadtentwicklung und andere öffentliche Räume in feministische Infrastrukturen der Sorge transformiert werden können. Dabei steht die Sorge für andere und für sich selbst im Mittelpunkt. Gemeinsam möchten wir innovative Konzepte entwickeln, die den Bedürfnissen von FLINTA-Personen gerecht werden und Raum für Gemeinschaftsbildung und Selbstbestimmung bieten.*

Feministische Ansätze in der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik, Kaufhäuser zu Sorgezentren
Katalin Gennburg Abgeordnete und Sprecherin für Stadtentwicklung und Bauen, Umwelt, Tourismus der Fraktion DIE LINKE. Im Abgeordnetenhaus Berlin

Wohnraum aus Sicht gewaltbetroffener Frauen im Frauenhaus
Petra Gokkenbach Vorstand und Geschäftsführung bei „Frauen helfen Frauen Main-Taunus-Kreis e.V."

Feministisch, selbstorganisiert, genossenschaftlich - Wohnen in einer Frauenwohnungsbaugenossenschaft.
Anne Göbel Aufsichtsrätin, Frauenwohnungsbaugenossenschaft LilaLuftschloss

Moderation Dr. Daniela Mehler-Würzbach Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE. im Römer und LINKE-Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl 2023

MACHT. NEUBAU. GERECHT.
Raum K4

WS 08
Neue Wohnungsbauprogramme braucht das Land!

Bauen, Bauen, Bauen lautet die herrschende Antwort auf die Krise am Wohnungsmarkt. Doch Neubau um jeden Preis hilft gegen steigende Mieten nicht weiter, der sogenannte Sickereffekt ist ein Mythos. Einem massenhaften Wohnungsbau stehen die endlichen Ressourcen entgegen. Steigende Zinsen und explodierende Baukosten stellen den Wohnungsbau aktuell vor große Herausforderungen. Dennoch brauchen wir bezahlbaren Neubau, um die Wohnungsnot zu lindern, Wohnungslosen und Geflüchteten ein Zuhause zu geben.
Aus einer linken Perspektive ist entscheidend, was und wie gebaut wird und welche Träger die Wohnungen errichten. Eine Antwort auf den kriselnden Wohnungsbau ist ein öffentliches Bauprogramm, um einen sozialen Neubau mit dauerhaft leistbaren Mieten zu schaffen. Doch wie könnte das aussehen? Wie können wir möglichst ökologisch nachhaltige Baustoffe verwenden? Welche Rolle nehmen kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und selbstorganisierte Wohnprojekte beim sozialen Wohnungsbau ein? Welchen Stellenwert hat der Neubau in ländlichen Regionen?

Wir brauchen kommunale Wohnungsbauprogramme!
Niklas Schenker Abgeordneter und Sprecher für Mieten, Wohnen, Öffentlicher Wohnungsbau und Wohnungsbauförderung der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus Berlin

Kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft im ländlichen Raum
Gabi Faulhaber Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag der Wetterau

Die genossenschaftliche Perspektive
Valentin Fuchs Sonara Wohnprojekt in Frankfurt

Moderation Philipp Möller Redaktion MieterEcho Berlin

MIETEN. GERECHT. WOHNEN
Raum K2

WS 09
Wir bekämpfen die Mieten- und Wohnungskrise vor Ort!

Ob Mietenwahnsinn und Verdrängung, Zwangsräumungen und Leerstand oder Bodenspekulation und Luxusneubau: Nirgendwo werden die verschiedenen Facetten der Mieten- und Wohnungskrise spürbarer und sichtbarer als vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden. Hier ist es auch, wo der Unmut, die Kritik und der Protest von Betroffenen und Stadtgesellschaft sich zuerst Bahn brechen und die Notwendigkeit einer anderen Wohnungspolitik einfordern. Deshalb lässt sich hier am direktesten etwas gegen die Missstände tun - zumindest in der Theorie. In der Praxis sind die Möglichkeiten linker Wohnungspolitik auf kommunaler Ebene jedoch oft stark eingeschränkt: Über Gesetze und Förderprogramme wird auf der Bundes- und Landesebene entschieden, die finanzielle Ressourcen vieler Kommunen sind beschränkt und das Verwaltungshandeln folgt oftmals seiner ganz eigenen Logik.
Wie lässt sich die Mieten- und Wohnungskrise unter diesen Bedingungen vor Ort erfolgreich bekämpfen? Welche Instrumente, Maßnahmen und Ansätze haben sich als wirkungsvoll erwiesen - und wo bräuchte es weitergehende Möglichkeiten? Was lässt sich realistisch erreichen, wie lassen sich hierfür Mehrheiten gewinnen und welche Akteure sind dabei zentral?

MieterInnenbegehren f. kommunalen Mietendeckel und Mietentscheid FfM
Conny Petzold Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V.

Die Anwendung des §5 WiStrG „Wucherparagraph"
Cathrin Schunk/Daniela Hirchenhain Amt für Wohnungswesen, Stadt Frankfurt a.M.

Was ist los in Hamburg?
Die Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden und Miete"
Heike Sudmann Stv. Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik der Fraktion DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft

Kommunale Wohnungspolitik von links
Ingo von Seemen Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Stadtfraktion Wiesbaden

Moderation Roman Grabolle Haus- und WagenRat e.V. Leipzig

12:30–14:00 Uhr **Die Pause – Das Mittagessen**

14:00–15:30 Uhr

DREI - DIE WORKSHOPS

KLIMA-GERECHT-WOHNEN
Raum K1

WS 10
Imperiale Bauweise – wer baut die Stadt?

Mit dem Begriff der „imperialen Lebensweise" bieten Markus Wissen und Ulrich Brand eine Perspektive auf die globalen Auswirkungen des Alltags der Menschen in den kapitalistischen Zentren. Wenn wir hier günstig Handys und Autos kaufen, welche Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen, welche prekären Arbeitsbedingungen werden in globalem Maßstab dafür in Kauf genommen? Hieran angelehnt wollen wir in diesem Workshop die Grundrisse des Begriffs der imperialen Wohn- und Bauweise erkunden.

Im Mittelpunkt stehen die Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen im sogenannten globalen Süden, der Energieverbrauch in der Produktion von Stahlbeton und anderen Baumaterialien sowie die Arbeitsbedingungen im Bausektor. Wir werden uns mit den Auswirkungen der Rohstoffgewinnung beschäftigen und die ökologischen und sozialen Folgen im Zusammenhang mit der imperialen Wohn- und Bauweise genauer betrachten. Anhand des Beispiel von HeidelbergMaterials werden wir aufzeigen, wie sich diese Praktiken im globalen Maßstab, und auf lokale Gemeinschaften und die Umwelt auswirken.

Eine Einführung
David Williams Rosa-Luxemburg-Stiftung, Referent Internationale Klimagerechtigkeit, Büro New York

Die nationale Beschäftigtenperspektive in der Baubranche
Jonathan Diesselhorst Leiter des Referats für Wirtschafts- und Sozialpolitik der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Eine internationale Perspektive
Janty Jie Projektleiterin, Watch Indonesia e.V.

Die bewegungspolitische Perspektive. Lokale Kämpfe gegen die imperiale Bauweise internationaler Konzerne
End Cement Bündnis

Moderation David Williams Rosa-Luxemburg-Stiftung

VERGESELL-SCHAFTUNG. MACHT. WOHNEN.
Café KoZ

WS 11
Wem gehört? Die Eigentumsfrage muss gestellt werden!

Wer die Wohnungsversorgung vom profitorientierten Kopf auf soziale Füße stellen möchte, muss die Eigentumsfrage stellen. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg haben sich dafür Initiativen gegründet, die per Volksentscheid die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne nach Artikel 15 Grundgesetz durchsetzen wollen - mit bisher bemerkenswerter Unterstützung aus der Bevölkerung. Auf Flächenländer wie Hessen ist dieses Mittel aber nicht ohne weiteres übertragbar. Doch welche Mittel stehen noch zur Verfügung, um - jenseits von teuren Ankäufen zum Marktwert - die öffentliche Verfügung über Grundstücke und Wohnungen auszuweiten, mit dem Ziel, Spekulation zu unterbinden und bezahlbaren Wohnraum zu sichern? Mit der Idee, alle landesrechtlichen Möglichkeiten zu bündeln, um die Wohnungswirtschaft als Ganze zu regulieren, steht ein neuer Vorschlag im Raum. Voraussetzung dafür ist es Transparenz in die Eigentumsverhältnisse zu bringen.

Eigentümergruppen und ihre Geschäftspraktiken in Deutschland und Beispiele aus Frankfurt/Main.
Christoph Trautvetter Ext. Leiter des Projekts der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Wem gehört die Stadt", Netzwerk Steuergerechtigkeit

Überlegungen für ein Landes- Wohnungswirtschaftsgesetz
Niklas Schenker Abgeordneter und Sprecher für Mieten, Wohnen, Öffentlicher Wohnungsbau und Wohnungsbauförderung der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus Berlin

Städtische Perspektive und Verkauf der öffentlichen Wohnungsbestände an Vonovia mit niedrigem Bodenzins
Eyup Yilmaz planungs- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Juristische Möglichkeiten jenseits eines Mietendeckels
Prof. Dr. Pia Lange Universität Bremen

Moderation Conny Petzold Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V.

ALLE. WOHNEN. GERECHT.
Raum K2

WS 12
Organisieren für das Recht auf Wohnen und Stadt

Um Veränderung zu erreichen, braucht es nicht nur gute Konzepte, sondern auch und vor allem politischen Druck von unten. Doch sind gerade diejenigen, die ohnehin am gesellschaftlichen Rand stehen, in der wohnungspolitischen Debatte kaum zu hören und in der mietenpolitischen Bewegung wenig zu sehen. Der Ansatz des „Organizing" verspricht das zu ändern. Das gemeinsame Organisieren entlang der alltäglichen Erfahrung hoher Wohnkosten, der Diskriminierung und von gesellschaftlichem Ausschluss soll Betroffene ermächtigen, sich zu wehren und Verbesserungen zu erkämpfen. Gleichzeitig soll es so gelingen, als Bewegung über das aktivistisch-mittelschichtsgeprägte Milieu hinauszuwachsen und politisch wirksame, breit getragene Organisationen aufzubauen. Doch wie kann das gelingen? Wir wollen mit Organisationen aus unterschiedlichen Städten und in unterschiedlichen Handlungsfeldern diskutieren, was sie unter Organizing verstehen; ob und wie es ihnen gelingt, jenseits von individuellen Problemlösungen und kurzfristigen Mobilisierungszielen nachhaltige Strukturen aufzubauen und mehr zu werden; worin sich die Handlungsansätze unterscheiden, wo es aber auch Gemeinsames und Verbindendes gibt, das ein Voneinanderlernen ermöglicht.

Organisierung von Alltagskämpfen
Anna Steenblock Stadtteilgewerkschaft CHO3, Marseille

Haustürwahlkampf und Parteientwicklung entlang von Alltagskämpfen und Stadtteilverankerung
Violetta Bock Stadtverordnete der Linksfraktion Kassel und LINKEKandidatin für die Oberbürgermeisterwahl 2023

Solidarität im Konflikt – mit Organizing gegen Spaltung
Dr. Peter Bescherer und Raoul Nozon Mietergemeinschaft Schönefelder Höfe Leipzig/Friedrich-Schiller-Universität Jena

Mieter*innen-Organizing in der Carl-von-Weinberg-Siedlung in Frankfurt
Tabea Latocha Goethe-Universität Frankfurt, Stadt für Alle

Moderation Dr. Armin Kuhn Rosa-Luxemburg-Stiftung

MACHT. NEUBAU. GERECHT.
Festsaal

WS 13
Umnutzen statt Abreißen! Abrissmoratorium Jetzt!

Immer noch wird zumeist nur plakativ „Bauen.Bauen.Bauen" als einziges Mittel gegen die herrschende Wohnungsnot propagiert. Dabei ist offensichtlich, dass erstens bis dato damit viel zu wenig bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, also wenn überhaupt, dann am Bedarf vorbei gebaut wird, und zweitens der Gebäudesektor wesentlich daran beteiligt ist, dass die Klimaschutzziele nicht erreicht werden. Hier muss dringend umgesteuert werden. Statt Abriss und Neubau müssen Erhalt, Sanierung, Umbau und Weiterbauen im Bestand im Vordergrund stehen. Jeder Abriss bedarf einer Genehmigung unter der Maßgabe des Gemeinwohls, also der Prüfung der sozialen und

ökologischen Umweltwirkungen. Welche klaren regulatorischen Rahmenbedingungen braucht es von der Politik? Wie können die Klimaziele im Gebäudesektor eingehalten werden? Wie kann Gentrifizierung und Verdrängung in Ballungsräumen verhindert werden? Welche wohnungspolitischen Ansätze und Strategien gibt es? Welche Erfolgsgeschichten aus Stadt und Land können erzählt werden? Welche Kämpfe müssen geführt werden?

Forderung/Notwendigkeit nach einem Abrissmoratorium, einer MusterUmbauordnung, d.h. nach einem Paradigmenwechsel!
Theresa Keilhacker Präsidentin der Architektenkammer Berlin

Richtig raus auf's Land oder nur Ausweichen in die Hipsturbia? Chancen und Probleme von leerstehenden Gebäuden außerhalb der Ballungsräume
Roman Grabolle Haus- und WagenRat e.V. Leipzig

Die Mietenkrise in Brandenburg und der Kampf um den Staudenhof in Potsdam
Isabelle Vandre Abgeordnete und Sprecherin für Stadtentwicklungs- und Baupolitik, Wohnungs- und Mietenpolitik der Fraktion DIE LINKE. im Brandenburgischen Landtag

Der Kampf für den Erhalt und die soziale und kulturelle Umnutzung des Juridicums auf dem Campus Bockenheim
Anna-Maria Mayerhofer Initiative „Zweite Chance Campus Bockenheim, Frankfurt"

Moderation Stefan Thimmel Rosa-Luxemburg-Stiftung

MIETEN. GERECHT. WOHNEN
Raum K4

WS 14
The new municipalism: another city is possible!

Municipalist practice focuses on a new cooperation between local governments and civil society organisations and associations and grassroots initiatives to achieve lasting and structural political change. In the process, the content, structures and people of social movements are also to be transferred to local institutions and local governments. The new municipalism is oriented towards common good, that aims to overcome various forms of exclusion, to improve everyday living conditions, and that includes the democratisation of political institutions through expanded co-determination procedures and the feminisation of politics.
What are the practical experiences from Barcelona? What political framework conditions are needed for a social and ecological transformation of cities through new alliances between local politics and civil society?
What are the approaches in transition countries in Central and Eastern Europe? What are the challenges, the experiences of the newly developed instruments and the participation of grassroots social movements in specific housing policy issues?

Vanesa Valiño head of the Housing Department of the Barcelona City Council, Barcelona en Comú

Katalin Gennburg Member of Parliament and Spokesperson for Urban Development and Construction, Environment, Tourism of the parliamentary group DIE LINKE. in the Berlin House of Representatives

Dr. Andrej Holm Humboldt University Berlin

Norma Tiedemann University of Kassel

Moderation Xavi Ferrer municipalist activist, AK Munizipalismus Berlin

15:30–16:00 Uhr **Die Kaffeepause**

16:00–17:00 Uhr
Festsaal

4 Stimmen zum Abschluss: „Bezahlbarer Wohnraum ist möglich!"

Aus der Politik
Elisabeth Kula Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Bildung, Schulpolitik, Jugend, Kultur, Forschung, Wissenschaft und Kunst der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Aus der Praxis
Irmela Colaço Leiterin Wohnen und Gebäude im Team Klimaschutz BUND

Aus der kritischen Wissenschaft
Dr. Lisa Vollmer Bauhaus-Universität Weimar

Aus den Bewegungen
Tabea Latocha Goethe-Universität Frankfurt, Stadt für Alle

Moderation Heike Sudmann Stv. Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik der Fraktion DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft

BEZAHLBARER WOHNRAUM IST MÖGLICH!

TEILNEHMER*INNEN

Afra Höck
Projektleitung, Landesberatungsstelle Gemeinschaftliches Wohnen in Hessen

Aktive für die Mietergemeinschaft Niederrad

Alexis J. Passadakis
attac Frankfurt

Anna-Maria Mayerhofer
Initiative „Zweite Chance Campus Bockenheim, Frankfurt“

Anna Steenblock
Stadtteilgewerkschaft CHO3, Marseille

Dr. Andrej Holm
Humboldt Universität Berlin

Anne Göbel
Aufsichtsrätin, Frauenwohnungsbaugenossenschaft LilaLuftschloss

Dr. Armin Kuhn
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Referent für Wohnungs- und Mietenpolitik

Caren Lay
Abgeordnete und Sprecherin für Mieten,- Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Cathrin Schunk
Amt für Wohnungswesen, Stadt Frankfurt a.M.

Christiane Böhm
Landesvorsitzende und Sprecherin für soziale Teilhabe und psychische Gesundheit der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Christoph Trautvetter
Ext. Leiter des Projekts der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Wem gehört die Stadt“, Netzwerk Steuergerechtigkeit

Conny Petzold
Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V.

Daniela Hirchenhain
Amt für Wohnungswesen, Stadt Frankfurt a.M.

Dr. Daniela Mehler-Würzbach
Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE. im Römer und LINKE-Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl 2023

David Williams
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Referent Internationale Klimagerechtigkeit, Büro New York

Carolin Blauth
Deutsche Wohnen & Co. enteignen

Doreen Petri
Geschäftsführerin, Neue Wohnraumhilfe Darmstadt

Elisabeth Kula
Vorsitzende und Sprecherin für Bildung, Schulpolitik, Jugend, Kultur, Forschung, Wissenschaft und Kunst der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

End Cement Bündnis

Eyup Yilmaz
planungs- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Felix Wiegand
Wohnungspolitischer Referent der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Florian Janik
Goethe-Universität Frankfurt

Gabi Faulhaber
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag der Wetterau

Gabriele Purper
BUND BAK-Energie

Prof. Dr. Gerhard Trabert
Arzt, Kandidat Bundespräsidentenwahl 2022

Heike Sudmann
Stv. Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik der Fraktion DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Stadtfraktion Wiesbaden

Irmela Colaço
Leiterin Wohnen und Gebäude im Team Klimaschutz des BUND

Isabelle Vandre
Abgeordnete und Sprecherin für Stadtentwicklungs- und Baupolitik, Wohnungs- und Mietenpolitik der Fraktion DIE LINKE. im Brandenburgischen Landtag

Iva Marčetić
Universität Kassel, eh. Leiterin der Kommission zur Verbesserung des Managements der städtischen Wohnungen bei der Stadtregierung von Zagreb

Jan Kuhnert
KUB Kommunal

Jan Schalauske
Vorsitzender und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Janine Wissler
Parteivorsitzende DIE LINKE. und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Janty Jie
Projektleiterin, Watch Indonesia e.V.

Jonathan Diesselhorst
Leiter des Referats für Wirtschafts und Sozialpolitik der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Jule Liebig
Hausprojekt Günderrodestraße Frankfurt

Katalin Gennburg
Abgeordnete und Sprecherin für Stadtentwicklung und Bauen, Umwelt, Tourismus der Fraktion DIE LINKE. Im Abgeordnetenhaus Berlin

Katja Hünecke
Stv. Leiterin Bereich Energie & Klimaschutz, Öko-Institut

Knut Unger
Plattform kritischer Immobilienaktionär*innen und MieterInnenverein Witten

Dr. Lisa Vollmer
Deutsche Wohnen & Co. enteignen, Bauhaus Universität Weimar

Liv Dizinger
DGB Hessen-Thüringen/Mietenwahnsinn-Hessen

Lorenz Gösta Beutin
Stellv. Parteivorsitzender DIE LINKE.

Matthias Weinzierl
Sprecher Mietenstopp-Kampagne

Niklas Schenker
Abgeordneter und Sprecher für Mieten, Wohnen, Öffentlicher Wohnungsbau und Wohnungsbauförderung der Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus Berlin

Norma Tiedemann
Universität Kassel

Dr. Peter Bescherer
Mietergemeinschaft Schönefelder Höfe Leipzig/Friedrich-Schiller-Universität Jena

Petra Gokkenbach
Vorstand und Geschäftsführung bei „Frauen helfen Frauen Main-Taunus-Kreis e.V.“

Philipp Möller
Redaktion MieterEcho Berlin

Prof. Dr. Pia Lange
Universität Bremen

Raoul Nozon
Mietergemeinschaft Schönefelder Höfe Leipzig/Friedrich-Schiller-Universität Jena

Roman Grabolle
Haus- und WagenRat e.V. Leipzig

Prof. Dr. Sebastian Schipper
Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Susanne Heeg
Goethe-Universität Frankfurt

Stefan Thimmel
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Referent für Wohnungs- und Stadtpolitik

Tabea Latocha
Goethe-Universität Frankfurt, Stadt für Alle

Theresa Keilhacker
Präsidentin der Architektenkammer Berlin

Uwe Witt
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Valentin Fuchs
Sonara Wohnprojekt in Frankfurt

Vanesa Valiño
Leiterin Wohnungsbauabteilung des Stadtrats von Barcelona, Barcelona en Comú

Violetta Bock
Stadtverordnete der Linksfraktion Kassel und LINKE-Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl 2023

Wenke Christoph
eh. Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, DIE LINKE. Berlin

Xavi Ferrer
municipalist activist, AK Munizipalismus Berlin

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.

Stefan Thimmel
Referent für Wohnungs- und Stadtpolitik
Institut für Gesellschaftsanalyse der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Tel. 030 44310-434,
Stefan.Thimmel@rosalux.org

Kontakt / Konzeption / Team

Anastasia Blinzov
Bildungskoordinatorin Wohnungs- und Stadtpolitik
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Anastasia.Blinzov@rosalux.org

Dr. Armin Kuhn
Referent für Wohnungs- und Mietenpolitik
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Armin.Kuhn@rosalux.org

Stefan Thimmel
Referent für Wohnungs- und Stadtpolitik
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Julia Schula
Architektin
Julia.Schula.praktikum@rosalux.org

Gestaltung / Illustration

Anton Ohlow
antonohlow.de
info@antonohlow.de

Programm:

Telegram-Kanal :
Hintergründe und aktuelle Hinweise
t.me/gerechtwohnen

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG